

Polizeiliche Kriminalstatistik 2021 NRW

21.02.2022

Das Land NRW stellt seine polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2021 vor. Etwas weniger Straftaten bei starken Steigerungen im Bereich der Sexualdelikte gegen Kinder und Cybercrime. Der teilweise Rückgang ist im wesentlichen pandemiebedingt, sagt der BDK NRW.

Aus Sicht des BDK NRW ist ein teilweiser Rückgang der registrierten Straftaten stark mit der Corona Situation verknüpft. Für die Kripo sehen wir keine Entlastung, die langsam angestoßenen Reformen für die Kriminalpolizei **begrüßen** wir.

Am heutigen Tage war es wieder so weit. Innenminister Herbert Reul, Land NRW, **präsentierte** der Öffentlichkeit die erneut gesunkene Kriminalstatistik für das Jahr 2021.

„Zum sechsten Mal in Folge ist die Kriminalität in Nordrhein- Westfalen gesunken. Mit insgesamt 1.201.472 Delikten (- 1,2 Prozent) sind die Fallzahlen so niedrig wie zuletzt 1985. Im Vergleich zu 2016 haben wir mehr als eine viertel Million Straftaten weniger“,

sagt **Innenminister Herbert Reul**.

Der BDK NRW freut sich als Berufsvertretung der Kriminalpolizei auch über diese Zahlen. Wir haben weniger Kriminalitätsoffer zu beklagen, insbesondere im Deliktsfeld des Wohnungseinbruchs. Allerdings ist dies in Zeiten von home office und homeschooling zu erwarten.

Nachvollziehbar haben die Einschränkungen des gesellschaftlichen Miteinanders auch zu einem Rückgang der Kriminalität geführt. Wie auch im letzten Jahr, die einfache Formel lautet:

Keine Kneipenschlägerei ohne Kneipe

Dieser Grundsatz spiegelt sich insbesondere in der rückläufigen Straßenkriminalität wieder.

Viele Straftaten bleiben leider im Dunkelfeld. Dies betrifft die Kontrollkriminalität im Allgemeinen aber auch Straftaten, die in engen Sozialstrukturen begangen werden. Viele Kinder mussten unter den Einschränkungen besonders leiden. Vielfach bleibt es leider unbekannt, wie viele Kinder Opfer von Vernachlässigung oder anderer Straftaten geworden sind. Deutliche Hinweise, dass auch hier Corona einen negativen Trend befeuert, **sind allerdings bekannt**.

Die gestiegene Aufklärungsquote ist eine Gesamtleistung der Polizei Nordrhein-Westfalen. Auch diese Zahl bedarf jedoch einer kritischen Einordnung:

Die Aufklärungsquote (AQ) im Jahr 2020 variiert zwischen 46,1% in Berlin und 68,1% in Bayern. Geringe Aufklärungsquoten kennt man auch für die übrigen Stadtstaaten, Hamburg (47,7%) und Bremen (51,5%). Aber, in keinem Flächenland werden weniger Straftaten **aufgeklärt als in NRW**.

Im Vergleich zu Hessen (65,5 Prozent), Rheinland-Pfalz (66,2 Prozent) und Bayern (68,1 Prozent) erreicht NRW 53,3%. Wir sind also noch lange nicht da, wo wir eigentlich im Bundesvergleich stehen sollten!

Der Anstieg der Fallzahlen im Bereich der Kinderpornografie und des sexuellen Missbrauchs von Kindern findet in der Gesamtschau seine Ursache in dem unermüdlichen Einsatz der Kriminalpolizei in Nordrhein-Westfalen und den beteiligten Staatsanwaltschaften. Aber noch immer warten umfangreiche Datenbestände des schrecklichen Materials auf ihre Auswertung. Im gleichen Atemzug war aber unser Finanzminister nicht in der Lage, alle mit der Materie befassten Kolleginnen und Kollegen mit einer Erschwerniszulage auf dem Bezüge und - Lohnzettel entsprechend zu würdigen. Ein trauriges Kapitel der Legislaturperiode.

Die Herausforderungen hat der Innenminister weiterhin richtig beschrieben.

Im Bereich der Organisierten Kriminalität liegen dank des Verfolgungsdrucks unserer europäischen Partner viele Verfahren auf Halde. Ein Grund ist die dünne Personaldecke in diesem Bereich.

„Wir erwarten einen Datentsunami. Uns haben viele Informationen von Europol nach wie vor nicht erreicht. Die müssen aber dringend bewertet und abgearbeitet werden“,

so Oliver Huth.

Das qualifizierte Personal dafür fehlt. CUM-EX-Geschäfte müssen justiziabel dringend aufgearbeitet werden. Will man der drohenden Verjährung zuvorkommen, müssen sich unsere Experten der Wirtschaftskriminalität intensiv damit beschäftigen. Für weitere komplexe Ermittlungsverfahren der Wirtschaftskriminalität stehen leider keine Ressourcen zur Verfügung.

Überlastungsanzeigen werden von Dienststellen gemeldet, in denen Alltagskriminalität bearbeitet wird. Aber gerade diese Form der Kriminalität wirkt sich besonders nachhaltig auf das Sicherheitsgefühl der Menschen aus. Überlastungsanzeigen werden von der Landesregierung nicht einmal erfasst. Vielerorts muss die Organisationsstruktur der Kriminalpolizei strukturell angepasst werden. Die Alltagskriminalität wird teils nur noch verwaltet.

Die Cyberkriminalität stellt uns vermehrt vor Herausforderungen, insbesondere dann, wenn die kritische Infrastruktur davon betroffen ist.

Wir werden große Kraftanstrengungen unternehmen müssen, wenn eine Endemie das gesellschaftliche Leben wieder in normalen Bahnen verlaufen lässt.

Wir können nur hoffen, dass die von Innenminister Herbert Reul angestoßene Reform die Kriminalpolizei noch rechtzeitig erreicht. In Zeiten zunehmender Spaltung in der Gesellschaft und dem Anstieg extremistischer Straftaten aus der Mitte der Gesellschaft muss unserer Bevölkerung eine starke Kriminalpolizei zur Seite stehen.

Es gibt viel zu tun.

Viele Grüße

Oliver Huth